

Volkschau

Politik

der Stände



ch), durch
ng unter
hgebiete,
Pfennig.
Pfennig.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sechsgespaltigen Kleinzeile
oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt
sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis
der dreigespaltigen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten
10 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

37. Jahrgang

n Regierung.

glaubt sie, daß sie den Willen des Volkes aus-
führt, und daß das ganze Volk sie unterstützen wird bei ihren
Bemühungen, die Wohlfahrt Rußlands zu sichern.

Vom Ministerium Clam-Martiniz.

(Wiener Brief.)

Vor einigen Tagen war auch in der „Täglichen Rundschau“ ein in Wien verbreitetes Gerücht zu lesen, daß der österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martiniz zurücktreten und durch den Grafen Czernin ersetzt werde, dessen Nachfolger wiederum der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza werden sollte. Das Gerücht ist unbegründet; vielleicht muß man als vorsichtiger Mann sagen: ist es jedenfalls zurzeit, und wird es, soweit es von einer neuen Verwendung des Grafen Tisza spricht, wohl stets bleiben. Aber es lohnt, den Entstehungsursachen des Gerüchtes nachzugehen.

Herr v. Kröber ist seinerzeit gegangen, weil ihm ein Auftrag, den Ausgleich mit Ungarn noch vor Ende des verflossenen Jahres, soweit die beiden Regierungen in Frage kommen, unter Dach zu bringen, unausführbar erschien. Um diesen Rücktritt hat sich dann die Legende gesponnen, die Deutschradikalen hätten ihn gestürzt, und diese hätten, als geschickte Parteitaktiker, keinen Grund, sie zu zerstören. Aber auch das Ministerium Clam-Martiniz hat den Ausgleich mit Ungarn erst lange nach Neujahr in der gewünschten Weise geregelt. Ein Hauptgrund für die Beschleunigung der Angelegenheit waren die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche, die alsbald in die Wege geleitet werden sollten; aber so weit ist es auch heute noch nicht, weil der Ausgleich nur eine Voraussetzung — vor allem durch seine zwanzigjährige Dauer — für die Verhandlungen festgelegt hat, während über das, was die Monarchie im Vertrage mit Deutschland anstreben soll, eine Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn erst herbeigeführt werden muß. Diese Arbeit des Ministeriums nimmt also ihren Fortgang.

Das Interesse der Öffentlichkeit wendet sich indes nicht ihr in erster Linie zu. Graf Clam-Martiniz hat ja auch noch eine andere Aufgabe übernommen: die etwas geheimnisvolle Erbschaft nach dem Grafen Stürgkh. Eines von diesen Vermächtnissen hat schon Herr v. Kröber — sehr widerwillig — vollstreckt: es war das am 5. November erlassene kaiserliche Handschreiben über die erweiterte Autonomie — oder wie es im deutschen politischen Sprachgebrauch gewöhnlich heißt — die Sonderstellung Galiziens. Heute ruht diese Angelegenheit, mindestens soweit sie die Regierung betrifft. Man weist darauf hin, daß die Sache doch erst nach dem Friedensschluß in Angriff genommen werden könne. Es ist aber kein Geheimnis, daß sehr einflußreiche Kreise darauf hinarbeiten, auch dann diese Autonomieerweiterung möglichst zu beschneiden, wie ich glaube, aus einer falschen Auffassung dessen heraus, was die Reichseinheit fordert. Und die Polen scheinen diese Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie für die Sonderstellung eine etwas phantastische Kostenrechnung aufmachen, als ob es sich hierbei nicht um eine von ihnen seit Jahrzehnten erhobene Forderung handelte. Diese Angelegenheit vermehrt also zurzeit die Arbeitslast des Ministeriums nicht. Es verbleiben zunächst drei andere; die Staatssprache, oder genauer gesagt die gesetzliche Regelung der Sprachenfrage überhaupt, da mit der Feststellung des Deutschen als Staatssprache recht wenig getan wäre; die Schaffung von Kreisen in Böhmen, womit auch die Regelung einiger andern Teile aus dem böhmischen Ausgleichsstoff Hand in Hand gehen müßte; schließlich die Schaffung einer neuen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, die dieses obstruktionsfrei und verhandlungsfähig machen soll. Das waren die Voraussetzungen, unter denen die bürgerlichen deutschen Parteien dem Eintritt des Abgeordneten Urban in das Kabinett zugestimmt haben, mit dem sich der Minister Bärnreither wohl solidarisch fühlen dürfte. Jedenfalls sehen diese beiden Minister, die eine ausgesprochene politische Richtung vertreten, sich nicht als Erlediger laufender Ministerialgeschäfte an, sondern als Miterbauer des nach dem Kriege zu erneuernden Oesterreich. Auch darüber hat wohl schon bei der Bildung des Kabinetts Einverständnis bestanden, daß diese Dinge nicht vom Parlament erledigt werden können, weil dieses sie eben nicht erledigen würde, sondern auf jenem außerparlamentarischen Wege, an den man sich ja in Oesterreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten einigermassen gewöhnt hat. Ist das einmal geschehen, dann mag das Parlament zusammentreten, und

21
156